

Schriftliche Kleine Anfrage

der Abgeordneten Silke Seif (CDU) vom 22.03.21

und Antwort des Senats

Betr.: Offene Kinder- und Jugendarbeit – Stagnation der im Haushaltsentwurf bereitgestellten Mittel

Einleitung für die Fragen:

In PG 254.02 „Kinder- und Jugendarbeit“ des EP 4 HPE 2021/2022 werden die Förderungen an die Träger der freien Kinder- und Jugendarbeit nicht erhöht, sondern stagnieren bei 10,4 Millionen Euro. Dies erscheint insbesondere unter der Prämisse fraglich, dass der HPE von einem leichten Anstieg der geförderten Einrichtungen spricht. Außerdem erscheint dabei fraglich, wie bei Beibehaltung der Vollzeitäquivalente unweigerliche Tarifierhöhungen sichergestellt werden sollen.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Senat:

Einleitung für die Antworten:

Zwischen den für die Förderung freier Träger veranschlagten Kosten aus Transferleistungen in Höhe von rund 10,4 Millionen Euro und der in der PG 254.02 ausgewiesenen Vollzeitäquivalente besteht kein Zusammenhang. Bei den Kosten aus Transferleistungen handelt es sich um Zuwendungen im Rahmen des Landesförderplans „Familie und Jugend“ (<https://www.hamburg.de/landesfoerderplan/>) an freie Träger für überregionale Förderungen im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und der Jugendverbandsarbeit. Bei der Vollzeitäquivalente handelt es sich um das Personal des für die Kinder- und Jugendarbeit zuständigen ministeriellen Bereiches in der Sozialbehörde. Eine finanzielle Abdeckung erfolgt aus den veranschlagten Personalkosten.

Der von der Fragestellerin angenommene leichte Anstieg der überregional geförderten Einrichtungen bezieht sich auf den Vergleich der Kennzahlenwerte „Plan 2021“ zu „Fortg. Plan 2020“. Konkrete Ausweitungen beziehungsweise Reduzierungen sind (wie auch in den Vorjahren) tatsächlich jedoch nicht vorgesehen. Schwankungen bei der Anzahl der Förderungen ergeben sich regelhaft zum Beispiel aufgrund einmaliger Bedarfe oder der Zusammenlegung von Projekten. Die Planwerte orientieren sich jeweils am zuletzt vorliegenden Ist (unter Berücksichtigung der einmaligen Förderungen).

Aktuell liegt der Schwerpunkt bei den überregionalen Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit darauf, die bestehenden Angebote aufrecht zu erhalten und pandemiekonform anzupassen. Die Sozialbehörde steht in regelmäßigem Austausch mit den Einrichtungen, Trägern und Verbänden der offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt. In enger Abstimmung erfolgen bei den Projekten Anpassungen, um weiterhin attraktive und wirkungsvolle Angebote und Maßnahmen für junge Menschen anzubieten und den Kontakt zur Zielgruppe konstant aufrechtzuerhalten. Dabei werden sowohl flexible Lösungen der Angebotsplanung und -umgestaltung als auch des Mitteleinsatzes berücksichtigt.

Ob und in welchem System der Kinder- und Jugendhilfe Mehrbedarfe als Folge der COVID-19-Pandemie für die Beratung, Betreuung und Versorgung von Kindern,

Jugendlichen und Familien entstehen, wird die zuständige Behörde sehr aufmerksam beobachten und fortlaufend zusammen mit den Bezirksamtern und dem Hilfesystem diskutieren und bewerten.

Dies vorausgeschickt, beantwortet der Senat die Fragen wie folgt:

Frage 1: *Wieso bleibt die Höhe der Förderungen der Träger der Kinder- und Jugendarbeit von 2021 bis 2024 mit 10,4 Millionen Euro konstant?*

Frage 2: *Wieso ist keine Erhöhung der Anzahl der dringend benötigten Vollzeitäquivalente vorgesehen?*

Antwort zu Fragen 1 und 2:

Siehe Vorbemerkung.

Frage 3: *Was passiert, wenn trotz gleicher Höhe aufgrund von beispielsweise Tarifsteigerungen die Mittel nicht mehr ausreichen? Muss in diesen Fällen ein Abbau der Vollzeitäquivalente vorgenommen werden?*

Antwort zu Frage 3:

Die korrespondierend zur Vollzeitäquivalente in der PG 254.02 veranschlagten Personalkosten basieren auf den vorgegebenen Personalkostenverrechnungssätzen, die auch Tarifsteigerungen beinhalten. Insofern wird davon ausgegangen, dass die Mittel auskömmlich sein werden.

Im Übrigen siehe Vorbemerkung.

Frage 4: *Auch die Kinder- und Jugendarbeit hat aufgrund der Corona-Pandemie mit erheblichen zusätzlichen Belastungen und erhöhten Anforderungen zu kämpfen. Kann eine Erhöhung der Mittel aus den Corona-Sondermitteln diese Situation verbessern?*

Wenn ja, gedenkt die zuständige Behörde davon Gebrauch zu machen?

Antwort zu Frage 4:

Siehe Vorbemerkung.